

Satzung zur 4. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Ferdinandshof

Präambel

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern in der zurzeit gültigen Fassung wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 11.07.2024 nachstehende Satzung zur 4. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Ferdinandshof erlassen:

Artikel 1 Inhalt der Änderung

1. Im § 1 Abs. 4 wird nach dem Wort Genehmigung eingefügt: der Bürgermeisterin.
2. Im § 2 wird als 2. Satz angefügt: Es werden keine Ortsteilvertretungen gebildet.
3. Der § 3 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst: Die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister beruft durch öffentliche Bekanntmachung eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde ein.
4. Der § 3 ist um den nachfolgenden Abs. 5 zu erweitern:
Bei wichtigen Planungen und Vorhaben, die von der Gemeinde oder auf ihrem Gebiet von einem Zweckverband durchgeführt werden, sollen die Einwohnerinnen und Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen, Ziele und Auswirkungen, wenn nicht anders, in einer Einwohnerversammlung oder durch Information im Bekanntmachungsblatt unterrichtet werden.
Soweit Planungen bedeutsame Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen betreffen, sind die beabsichtigte Finanzierung und die möglichen Folgen des Vorhabens für die Steuern, Beiträge und Hebesätze der Gemeinde darzustellen. Den Einwohnerinnen und Einwohnern ist auch Gelegenheit zur Äußerung auch im Rahmen der Fragestunde zu geben.
5. Der § 4 Abs. 2 Pkt. 4 wird gestrichen.
6. Im § 4 Abs. 2 Satz 2 wird die Zahl „4“ durch „3“ ersetzt.
7. Im § 4 Abs. 3 wird als Satz 3 angefügt: Die Einwohnerfragestunde steht den Mitgliedern der Gemeindevertretung für ihre Anfragen nicht zur Verfügung.
8. Der § 4 A Vergabeverfahren und Wertgrenzen wird eingefügt:
 - 1) Die Wahl des Vergabeverfahrens hat entsprechend den gesetzlichen Regelungen zur Vergabe von Aufträgen zu erfolgen. Die Entscheidung wird der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister übertragen.
 - 2) Für die Vergabe von Bauleistungen nach VOB/A sowie für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen nach UVgO werden die Wertgrenzen analog der Auftragswertermittlung nach § 3 der Vergabeverordnung - VgV ermittelt. In allen anderen Fällen handelt es sich um Bruttobeträge.
9. Im § 5 Abs. 2 wird die Zahl der Mitglieder des Ausschusses Gemeindeentwicklung, Bau, Verkehr und Umwelt wie folgt geändert: „6 Gemeindevertreter und 3 sachkundige Einwohner“.

10. Der Wortlaut des § 6 Abs. 2 wird ersetzt durch:
Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister entscheidet bei Verträgen mit Ausnahme von Verträgen zur Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, die auf einmalige Leistungen gerichtet sind, innerhalb einer Wertgrenze bis 10.000,- €, sowie bei wiederkehrenden Leistungen innerhalb einer Wertgrenze bis zu 2.500,- € der Leistungsrate, monatlich.
11. Im § 6 Abs. 4, 1. Satz wird im Sinne des § 39 Abs. 2 KV M-V ersetzt durch im Sinne des § 39 Abs. 3a Satz 1-2 KV M-V.
12. Der § 6 wird Abs. 4 erweitert durch:
Erklärungen der Gemeinde im Sinne des § 39 Abs. 3a S. 1-2 KV M-V bis zu einer Wertgrenze von 1.000,- € bzw. bei wiederkehrenden Verpflichtungen von 100,-€ pro Monat benötigen nicht die im Gesetz vorgeschriebenen Formvorschriften.
13. Im § 6 wird ein Abs. 6 angefügt:
Die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister ist zuständig, wenn das Vorkaufsrecht (§24 ff. BauGB) nicht ausgeübt werden soll. Sie oder er entscheidet über
- Das Einvernehmen nach § 14 Abs. 2 BauGB (Ausnahme von der Veränderungssperre) Das Einvernehmen nach § 22 Abs. 5 BauGB (Teilungsgenehmigung in Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktion),
 - Das Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben)
 - Die Genehmigungen nach §144 Abs 1 und 2 BauGB (Sanierungsgebiet)
 - Die Genehmigung nach § 173 Abs. 1 BauGB (Erhaltungsgebiet)
14. Im § 7 Abs. 3 wird die Höhe der monatlichen funktionsbezogenen Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin auf 2.160,00 € geändert.
Als 2 Satz wird angefügt: Eine Weiterzahlung erfolgt im Krankheitsfall und auch urlaubsbedingter Abwesenheit, soweit diese zu vertretenden Zeiten zusammenhängend nicht über 3 Monate hinausgehen.
15. Im § 7 Abs. 4 wird die Höhe der monatlichen funktionsbezogenen Aufwandsentschädigung der Stellvertreter des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin geändert auf:
- für die erste Stellvertretung 432,00 €
 - für die zweite Stellvertretung 216,00 €
- Nach drei Monaten Vertretung erhält die stellvertretende Person die volle Aufwandsentschädigung nach Abs. 3. Damit entfallen Aufwandsentschädigungen für die Stellvertretung. Amtiert eine stellvertretende Person, weil die gewählte Bürgermeisterin oder der gewählte Bürgermeister ausgeschieden ist, steht ihr oder ihm die Aufwandsentschädigung nach Abs. 3 zu.
16. Der § 7 Abs. 5 wird neu gefasst:
Die Vorsitzenden der Fraktionen erhalten eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 15 € je Fraktionsmitglied, höchstens 120,00 €.
17. Im § 7 Abs. 7 wird der monatliche Sockelbetrag auf 40,00 € erhöht.

Artikel 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Torgelow, den 12.07.2024

gez. Gerd Hamm
Bürgermeister

Hinweis

Nach § 5 Abs. 5 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern kann ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in der Kommunalverfassung enthalten oder aufgrund der Kommunalverfassung erlassen worden sind, nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung nicht mehr geltend gemacht werden.

Dies gilt nicht, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber der Gemeinde Ferdinandshof geltend gemacht wird.

Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften kann stets geltend gemacht werden.